



Newsletter Drei/2023

Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

sieben Industrie- und Handelskammern aus Norddeutschland verstärken den Schulterschluss für die Küstenautobahn. Zu ihrer Kampagne „A20 – Das wird gut“ werden neben der sehr empfehlenswerten Internet-Präsenz auch Veranstaltungen und Veröffentlichungen gehören.

Der Förderverein Pro A20 e.V. freut sich über diese Initiative und unterstützt sie. Wie auch den Kammern, ist es uns als Verein wichtig, im Dialog mit den Kritikern der Küstenautobahn zu sein. Dabei sind wir uns sicher: Wir können mit überzeugenden Argumenten und stichhaltigen Fakten in das Gespräch und die mögliche verbale Auseinandersetzung gehen.

Die Kampagne der Kammern sieht sich als „starke Stimme“ für die Küstenautobahn. Diesen Anspruch verfolgen wir als Verein ebenfalls. Ein Aspekt ist die regelmäßige Information unserer Mitglieder und aller anderen Unterstützer der Küstenautobahn über aktuelle verkehrspolitische Entwicklungen und vor allem den vielfältigen Nutzen der A20. Unser Newsletter spielt hier eine wichtige Rolle.

Der Vorstand wünscht Ihnen eine informative Lektüre dieses Newsletters. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

Der nächste Newsletter wird im Winter 2023 erscheinen.

Der Vorstand

Michael Blach, Vorsitzender

Michael Appelhans, stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ralf Meyer, Schatzmeister

Kai Seefried, Beisitzer

Henning Wessels, Beisitzer

Olaf Orb, Geschäftsstellenleiter

Förderverein Pro A20 e.V.:

Mitgliederversammlung am 10. Oktober!

Am 10. Oktober 2023 (Dienstag) um 18 Uhr findet die nächste Mitgliederversammlung des Fördervereins Pro A20 e.V. statt. Ort ist der Große Saal des Gebäudes der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven (Friedrich-Ebertstraße 6, 27570 Bremerhaven). Erwartet wird unter anderem Chefplaner Christoph Hollander von der Autobahn GmbH. Der Experte soll zum aktuellen Sachstand der Küstenautobahn referieren.

Alle Mitglieder des Vereins sind auch noch einmal auf diesem Wege herzlich eingeladen!

Kampagne „A20 – Das wird gut“:

Neue Website als tragende Säule

Die Kampagne „A20 – Das wird gut“ von sieben Industrie- und Handelskammern stützt sich auf eine neue Website. Diese ist unter www.die-a20.de erreichbar. Der Förderverein Pro A20 e.V. unterstützt die Kampagne und empfiehlt den informativen Internet-Auftritt. Der schildert unter anderem Nutzen, Umweltauswirkungen und den Stand der Planung.

Getragen wird die Kampagne von der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, der IHK Flensburg, der Handelskammer Hamburg, der IHK Kiel, der IHK Lübeck, der Oldenburgischen IHK sowie der IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum.

„Weg von einer emotional geführten Debatte“

Neben mehreren Unternehmen und dem Landkreis Stade sowie der Wirtschaftsförderung der Hansestadt Stade werden als weitere Unterstützer der Unternehmensverband Unterelbe-Westküste, die Logistik-Initiative Schleswig-Holstein, UdviklingsRad Sonderjylland (Dänemark) und die Logistik-Initiative Hamburg genannt. Hinzu kommen der Verband Straßengüterverkehr und Logistik Hamburg, der Verein Hamburger Spediteure und der Bezirksverband Sylt des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes.

Als ein wesentliches Ziel geben die Kammern an, dass sie „weg von einer emotional geführten Debatte, hin zu einem fachlichen Diskurs und einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Für- und Gegenargumenten“ möchten. So solle ein gesellschaftliches Klima entstehen, in dem „Diskurs und Akzeptanz zur Infrastrukturlösung A20 überhaupt erst ermöglicht“ würden. Den Befürwortern der A20 solle „wieder eine starke Stimme“ gegeben werden.

Denn viele Unternehmer hätten über die Jahrzehnte der Planung die Hoffnung fast aufgegeben, dass benötigte Infrastruktur gebaut werde: „Wir wollen ihnen wieder die Möglichkeit geben, sich für den vielfältigen Nutzen der A20 einzusetzen.“



Wichtige Hafenhinterlandanbindung:

Hafentag verweist auf Energiewende

Dass eine gute Hafenhinterlandanbindung (einschließlich der A20) für die Zukunft der niedersächsischen Häfen unverzichtbar ist, wurde auch beim jüngsten Niedersächsischen Hafentag in Stade zum Thema gemacht. Zu ihm kamen 250 Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung zusammen. Dabei verwies unter anderem der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Olaf Lies auf den Zusammenhang zur Energiewende. Der SPD-Politiker sagte: „Leistungs- und zukunftsfähige Häfen und verlässliche Hinterlandanbindungen sind Grundvoraussetzung für Außenhandel, Versorgungssicherheit, Umsetzen der Energiewende und die nationale Sicherheit in Deutschland.“ Hiervon seien alle Regionen und Wirtschaftssektoren gleichermaßen abhängig. Deshalb müsse die Entwicklung der Häfen als „gesamtdeutsche Gemeinschaftsaufgabe“ bewertet und „endlich mit oberster Priorität behandelt“ werden.

Allein schon aufgrund seiner geographischen Lage werde Niedersachsen die zentrale Rolle bei der Energiewende spielen. Das mache die Häfen noch wichtiger. Michael de Reese, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen, stimmte zu: „Die niedersächsischen Seehäfen sind bereit, einen entscheidenden Beitrag zum Ausbau der Windenergie zu leisten. Um die Ausbauziele bis 2030 zu erreichen, sind jedoch umfangreiche Investitionen in die Seehafeninfrastruktur notwendig.“ Der Bund müsse Verantwortung übernehmen und die nötigen Rahmenbedingungen für das Gelingen der Energiewende schaffen. Beim 31. Niedersächsischen Hafentag wurde bekannt, dass im ersten Halbjahr 2023 in den niedersächsischen Seehäfen rund 26,2 Millionen Tonnen im Seeverkehr umgeschlagen wurden und damit zwei Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Hier zeigten sich laut Seaports of Niedersachsen die weltweiten Auswirkungen von Inflation, gestiegenen Energiepreisen und Zinsen sowie schwacher globaler Nachfrage. Der Umschlag flüssiger Massengüter habe sich aber um 15 Prozent verstärkt, auch durch das LNG-Terminal in Wilhelmshaven.

Anti-A20-Aktion:

Klares Contra von Torsten Raschen

„Auch wenn ein paar Radfahrer gegen den Bau der Autobahn A20 mit einer Demo nach Berlin protestieren, bleibt das Projekt für unsere Region wichtig und muss realisiert werden.“ Mit diesen Worten reagiert Thorsten Raschen, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung, auf eine Aktion von Gegnern der Küstenautobahn. Alle Wirtschaftsverbände entlang dieser Strecke hätten sich mehrfach und deutlich für die Umsetzung der A20 ausgesprochen, erinnert Raschen. Das Regionalforum Unterweser, das zahlreiche Kommunen repräsentiere, wolle den Bau ebenfalls. Thorsten Raschen sagt: „Als stellvertretender Vorsitzender im parlamentarischen Beirat des Fördervereins Pro A20 e.V. setze ich mich für den Bau der Küstenautobahn ein. Anstatt mit einer grünen Staatsrätin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zu sprechen, sollten die Gegner der A20 besser das Gespräch mit den Wirtschaftsverbänden oder dem Bundesverkehrsministerium suchen.“

Die Argumente für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Regionen entlang der Küstenautobahn wurden nach Auffassung von Raschen mehrfach deutlich herausgestellt. Gerade für die Häfen sei das Projekt besonders bedeutsam, weil sich die Verkehre zwischen Hamburg und Bremerhaven deutlich verkürzen würden.

Pro-A20-Engagement von SPD-MdB Bergt:

Wissing-Antwort auf Protestbrief

Das Bundesverkehrsministerium von Volker Wissing hat in einem Schreiben an den SPD-Bundestagsabgeordneten Bengt Bergt bekräftigt, dass der Ausbau der A20 bei Bad Segeberg „höchste Priorität“ genieße.

Bengt Bergt (Wahlkreis Segeberg/Stormarn-Mitte) sieht in dem Brief des Ministers einen Erfolg für die Region: „Die Bedeutung des A20-Ausbaus aus Sicht des Bundes haben wir nun Schwarz auf Weiß. ‚Höchste Priorität‘ muss in der Konsequenz auch lauten: höchste Geschwindigkeit.“ Derzeit arbeitet das Land Schleswig-Holstein daran, die Planfeststellung abzuschließen.

„Verkehrschaos nicht mehr tragbar“

Die Berliner Ampel-Koalition hatte Ende März beschlossen, dass 144 Autobahn-Engpassprojekte in Deutschland im „überragenden öffentlichen Interesse“ stehen und so zusätzlich beschleunigt werden sollen. Die A20 jedoch steht nicht auf der offiziellen „Engpass“-Liste und wurde



dementsprechend nicht mit aufgenommen. Das sorgt in Segeberg für erhitzte Gemüter. Daraufhin hatte Bergt angekündigt, alle Möglichkeiten im Sinne eines beschleunigten Ausbaus auszuschöpfen. Es folgte der Brief an Wissing.

In seiner Antwort bekräftigt das Ministerium das Ziel, „schnellstmöglich Baurecht für das Vorhaben zu schaffen“. Der SPD-Bundestagsabgeordnete kommentiert: „Es ist gut, dass der Minister hier ein klares Signal setzt.

Der Ausbau der A20 muss zügig kommen.“ Die Landesregierung von Schleswig-Holstein solle die Planfeststellung möglichst noch 2023 abschließen.

Jetzt seien Pragmatismus und Plausibilitäts-Checks gefragt, ergänzt der Abgeordnete („keine Detailprüfungen, die den Bau auf die lange Bank schieben“).

Laut der zuständigen Planungsgesellschaft DEGES könne der Ausbau der A20 eine 60-prozentige Entlastung für Bad Segeberg bewirken. Bergt: „Das heißt konkret: Die Stadt würde von 20.000 Fahrzeugen befreit, die bislang die Straßen verstopfen.“ Das derzeitige Verkehrschaos sei nicht mehr tragbar.

Autobahn GmbH des Bundes:

Michael Güntner neuer Chef

Dr. Michael Güntner hat Mitte September seine Tätigkeit als Vorsitzender der Geschäftsführung der Autobahn GmbH des Bundes übernommen. Dirk Brandenburger, zuvor seit September 2006 technischer Geschäftsführer der DEGES, ist neuer technischer Geschäftsführer.

Dr. Güntner war von 2019 bis 2022 Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium sowie von November 2019 bis März 2022 Aufsichtsratsvorsitzender der Autobahn GmbH. Der Rechtsanwalt begann seine berufliche Laufbahn im Referat Zivil- und Bevölkerungsschutz des Bundesinnenministeriums. Er war später unter anderem als Büroleiter des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, und Fraktionsdirektor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tätig.

FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein:

A20 bietet große Chancen für Westküste

Die FDP Schleswig-Holstein lässt in Sachen Küstenautobahn nicht locker. Nun äußerte sich der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christopher Vogt.

Er erklärte: „Schleswig-Holstein braucht den Weiterbau der A20, um endlich eine leistungsfähige Ost-West-Straßenverbindung zu bekommen, die Hamburg und viele kleinere Orte in unserem Bundesland entlasten und vor allem unsere Westküste deutlich besser anbinden wird.“ Die SPD Schleswig-Holstein habe den Eindruck erweckt, dass eine ausgebaute Fährverbindung eine Alternative zur Küstenautobahn sein könnte. Es spricht für Vogt nichts dagegen, wenn die bestehende Fährverbindung verbessert werden könnte; sie könne jedoch keine ernsthafte Alternative zu einem Elbtunnel sein.

Christopher Vogt weiter: „Unsere Westküste hat mit ihrer grünen Energie in den nächsten Jahren große wirtschaftliche Chancen, die es unbedingt zu nutzen gilt. Insofern wäre es besser, wenn sich die SPD und auch die Grünen dafür einsetzen würden, dass für die A20 weitere Beschleunigungsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden, die die Grünen im Bund mit Unterstützung ihrer Landespartei bisher leider blockieren.“



Statistisches Bundesamt:

Immer mehr Autos in Deutschland

In Deutschland gibt es trotz öffentlicher Debatten über eine Verkehrswende immer mehr Autos. In den vergangenen zehn Jahren ist die Pkw-Dichte durchgehend gestiegen. Das teilt das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis von Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) sowie eigener Berechnungen mit. Demnach kamen 2022 auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 583 Personenkraftwagen. Das ist ein Rekordwert. 2012 hatte die Pkw-Dichte bundesweit noch bei 534 gelegen. Ursächlich für den Anstieg der Pkw-Dichte ist, dass die Zahl von in Deutschland zugelassenen Autos im genannten Zeitraum deutlich stärker zugenommen hat als die Bevölkerung.

Auch EU-weit höhere Pkw-Dichte

Die regionalen Unterschiede bei der Pkw-Dichte sind groß: Am höchsten war sie 2022 in den westlichen Flächenländern Saarland (660 Pkw pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner), Rheinland-Pfalz (634) und Bayern (625). Die niedrigste Pkw-Dichte wiesen die Stadtstaaten Berlin (338), Hamburg (439) und Bremen (443) auf.

Die ostdeutschen Bundesländer hatten nicht nur 2022 eine Pkw-Dichte, die unter der bundesweiten lag. Dort ist die Pkw-Dichte seit 2012 auch jeweils weniger stark gestiegen als in Deutschland insgesamt.

Wie in Deutschland, so hat die Pkw-Dichte auch in allen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Zehn-Jahresvergleich zugenommen. Im Vergleich der EU-27 lag Deutschland zuletzt auf Platz 8 der Staaten mit der höchsten Pkw-Dichte. Die meisten Autos im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gab es Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge zum Jahreswechsel 2021/2022 in Polen (687), Luxemburg (681) und Italien (675). Am niedrigsten war die Pkw-Dichte in Rumänien (400), Lettland (404) und Bulgarien (414).

Trend zum Zweit- oder Drittwagen

Die Zahl der zugelassenen Autos in Deutschland wächst: Zum Stichtag 1. Januar 2023 waren laut KBA hierzulande 48,8 Millionen Personenkraftwagen zugelassen. Das sind so viele wie nie zuvor.

Der Wandel hin zur Elektromobilität schlägt sich hier noch kaum nieder: Zum Jahresanfang 2023 waren 2,1 Prozent der hierzulande zugelassenen Personenkraftwagen reine Elektroautos. Ein Jahr zuvor hatte der Anteil noch 1,3 Prozent betragen. Zugleich sind Autos mit Elektroantrieb auf dem Vormarsch: Bei den von Januar bis Juli 2023 neu zugelassenen Autos betrug der Anteil derer mit ausschließlich Elektro-Antrieb 16,4 Prozent. Im Vorjahreszeitraum hatte er noch bei 13,6 Prozent gelegen.

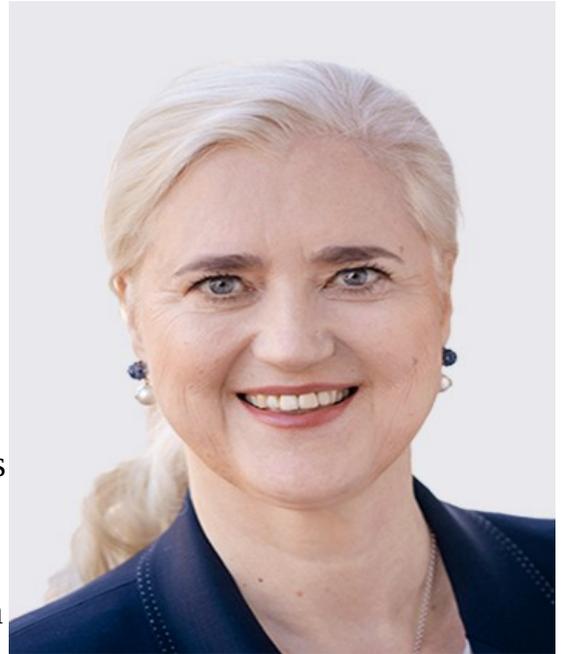
Die steigenden Zulassungszahlen spiegeln sich auch in der Ausstattung der privaten Haushalte mit Personenkraftwagen wider. Hier ging der Trend in den vergangenen zehn Jahren zum Zweit- oder Drittwagen. So war der Anteil der Haushalte, die mindestens ein Auto besitzen, 2022 mit 77,6 Prozent ähnlich hoch wie 2012 (77,4 Prozent). Im selben Zeitraum stieg aber unter diesen der Anteil der Haushalte mit zwei Pkw von 24,5 auf 27,0 Prozent und der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Pkw von 4,1 auf 6,2 Prozent an.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kommentierte die Zahlen so: „Das Auto ist und bleibt ein äußerst beliebtes Verkehrsmittel der Deutschen. Die Menschen wollen weiter mit dem Pkw fahren. Als Verkehrsmittel ist das Auto unverzichtbar – vor allem im ländlichen Raum, wo Bus und Bahn meist rar sind.“

Auch sei das Auto für viele Menschen der „Inbegriff von Freiheit und individueller Mobilität – nicht nur im ländlichen, sondern auch im urbanen Raum“. Das müsse akzeptiert werden, wenn für den klimaneutralen Umbau des Mobilitätssektors Akzeptanz erreicht werden solle. Darüber könne die Ampel-Koalition ebenfalls nicht hinwegsehen, so die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Dies gilt vor allem für die Grünen, die den Pkw am liebsten verbieten und die Menschen zum Fahren mit dem Zug und dem Lastenrad zwingen würden. So kann das aber nicht laufen.“

Appell des Seehafenbetriebe-Verbandes: Dringend in Infrastruktur investieren

Der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) ruft die Bundesregierung zu Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf. Der ZDS ist der Bundesverband der 156 am Seegüterumschlag in den Häfen beteiligten Betriebe in Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Seine Präsidentin Angela Titzrath sagt: „Wer die Energie- und Verkehrswende und einen funktionierenden deutschen Außenhandel will, muss jetzt in die öffentliche Infrastruktur investieren. Nicht nur der Zustand der bestehenden deutschen Verkehrsinfrastruktur ist besorgniserregend. Für den Ausbau der Windenergie sind außerdem binnen weniger Jahre schwerlastfähige Hafensareale und Umschlaggeräte für den rapiden Ausbau von Windkraftanlagen vor der Küste und im Binnenland zu beschaffen.“ Zeitgleich müsse in die Produktion und den Umschlag von Wasserstoff und Flüssiggas für die Industrie in ganz Europa sowie in die Versorgung der Schifffahrt etwa mit Landstrom, Ammoniak und Methanol investiert werden. Hier müsse der Bund massiv unterstützen und finanzielle Mittel bereitstellen, so Angela Titzrath. Die Präsidentin unterstreicht: „Wir messen die Bundesregierung an dem Versprechen, zu ihrer Verantwortung für die Versorgungssicherheit und Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu stehen. Hierzu leisten die Seehäfen einen zentralen Beitrag. Daher erwarten wir die Aufstockung der Seehäfenfinanzierung des Bundes. Und wir erwarten Finanzierungsinstrumente, die den vom Bund gestellten Anforderungen an die Seehäfen und die Hafenunternehmen gerecht werden.“



IHK-Nord-Geschäftsführer Anders: Auch Straßen müssen beschleunigt gebaut werden

Die Industrie- und Handelskammern im Norden begrüßen die Vorschläge der Bundesländer aus ihrem „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“, mit denen Infrastrukturvorhaben forciert werden sollen.

IHK-Nord-Geschäftsführer Alexander Anders betont zugleich: „Die Konzentration auf den Verkehrsträger Schiene ist nicht ausreichend. Auch Straßen und Wasserstraßen im überragenden öffentlichen Interesse müssen beschleunigt realisiert werden.“ Für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, die Umsetzung der Energiewende und den Aufbau neuer Zukunftstechnologien sei die Wirtschaft auf eine starke Infrastruktur in allen Bereichen angewiesen, so Anders.

Kontakt zum Förderverein Pro A20 e.V.:

Förderverein Pro A20 e.V. c/o Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven Haus Schütting – Am Markt 13 28195 Bremen Tel.: 0421/36 37 270; Fax: 0421/36 37 274; Mail: info@pro-a20.com Website: www.pro-a20.com

Fotos: Gross (Seite 3), Krampitz (Seite 5), Pixabay (Seite 7), Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (Seite 9)

Redaktion des Newsletters: Olaf Orb (Förderverein Pro A20 e.V.) und Thomas Klaus (Redaktionsbüro, Geestland)